



## Regierungsratsbeschluss vom 08. Februar 2022

Kantonale Volksinitiative "Hafen für alle - Freiräume statt Luxusprojekte!"

P211523

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Dem Grossen Rat wird beantragt, die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung zu überweisen

### **Begründung**

Die kantonale Volksinitiative „Hafen für alle – Freiräume statt Luxusprojekte!“ ist aus Sicht des Regierungsrates rechtlich zulässig. Die Volksinitiative verlangt, dass gemeinnütziger Wohnraum, Grün- und Sportflächen sowie Flächen zur langfristigen Integration und Weiterentwicklung der heutigen Zwischennutzungen mittels verbindlicher Nutzungsanteile vorgeschrieben werden. Es soll dabei insgesamt 100% der Bodenfläche in öffentlicher Hand und 70% «in Gemeingebrauch» sein. Ebenfalls gefordert werden eine Verhinderung der Monopolisierung der Nutzungsrechte für die künftigen «Zwischennutzungen» sowie eine Bademöglichkeit. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Initiative zur Berichterstattung zu überweisen. Damit kann er die offenen Fragen zur Auslegung der Initiative klären. Der Regierungsrat möchte parallel dazu die Perspektiven für die heutigen Zwischennutzungen genauer prüfen.

